

Weniger gefährliche Soldaten?

2014 hat die Armee rund 450 ihrer Angehörigen wegen Sicherheitsbedenken die Dienstwaffe abgenommen. Das sind nur gut halb so viele wie zwei Jahre zuvor.

Christian Brönnimann
Bern

Der Nationalrat hat verschiedene Massnahmen beschlossen, um den Missbrauch von Schusswaffen zu verhindern. Am meisten zu reden gab, dass die kantonalen Waffenregister zwar künftig vernetzt, aber darin nicht alle alten Waffen nachregistriert werden sollen. Daneben führte der Nationalrat aber auch neue Mittel ein, welche die Armee betreffen. Einerseits beschloss er eine Meldepflicht für Staatsanwälte und Richter. Diese müssen dem Führungsstab der Armee Gefährdungshinweise von in Verfahren involvierten Armeeangehörigen melden. Andererseits konkretisierte der Nationalrat die Bedingungen, wann Armeeangehörige keine Dienstwaffe haben dürfen, weil eine Selbst- oder Drittgefährdung bestehen könnte.

Es ist gut möglich, dass die beschlossenen Massnahmen zu einer Trendumkehr führen werden. Denn wie bisher unveröffentlichte Zahlen der Armee zeigen, mussten in den letzten beiden Jahren deutlich weniger Armeeangehörige ihre Waffe wieder zurückgeben als noch 2012. Damals schnellte die Zahl der vorsorglichen Waffenabnahmen auf über 800 in die Höhe. Seither sank sie wieder auf gut die Hälfte, nämlich rund 450 im

letzten Jahr. Vor 2011 galten noch andere gesetzliche Bestimmungen.

Die Armee verfügt derzeit über keine Erklärung, weshalb die Zahl so stark zurückgegangen ist. Für eine solche brauche man mindestens 14 Tage Zeit, heisst es auf der Medienstelle.

Beunruhigende Schwankungen

Grundsätzlich sind zwei Begründungen vorstellbar. Entweder hat die Zahl von auffälligen Armeeangehörigen abgenommen, und es gibt weniger gefährliche Soldaten, welchen keine Waffe anvertraut werden könnte. Oder aber, die Verantwortlichen in der Armee nehmen Sicherheitsbedenken weniger ernst und greifen weniger schnell zum Mittel der Waffenabnahme.

Zweiteres wäre für SP-Nationalrätin Chantal Galladé Anlass zu grosser Sorge. Sie will das Thema deshalb in der Sicherheitspolitischen Kommission auf die Traktandenliste setzen. «Die Armee muss aufzeigen, weshalb es so grosse Schwankungen gibt», sagt Galladé.

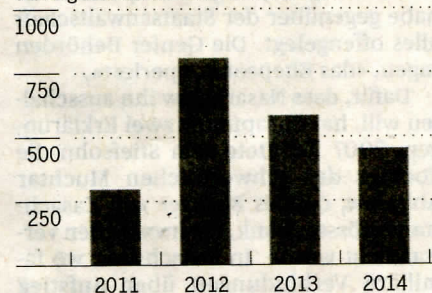
Nicht nur die Zahl der Fälle, in welchen die Verantwortlichen einem Armeeangehörigen die Waffe wieder abnehmen, ist rückläufig. Auch wurden letztes Jahr deutlich weniger Stellungs-pflichtige wegen Sicherheitsbedenken gar nicht erst nicht rekrutiert. 2014 wur-

den 640 Stellungspflichtige als Sicherheitsrisiko identifiziert und nicht in die Armee aufgenommen. In den beiden Jahren zuvor waren es jeweils um 1000 Personen gewesen.

Ein Armeesprecher weist auf Anfrage darauf hin, dass diese Zahl immer auch von der Anzahl an Stellungs-pflichtigen abhängig sei, die mit sicherheitsrelevanten Delikten oder erhöhtem Gewaltpotenzial überhaupt an der Rekrutierung erschienen. Zudem seien die Prozesse innerhalb der Rekrutierung optimiert worden, was «zu einer gewissen Verlagerung der Anzahl Fälle» geführt habe.

Einzug von Armeewaffen wegen Gefährdung

Vorsorgliche Abnahmen der Armeewaffe



TA-Grafik/Quelle: VBS